



Geschäftsbericht 2014
Badische Rechtsschutzversicherung AG

BADISCHE RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG AG

/ Auf einen Blick

	2014	2013	2012	2011	2010
VERSICHERUNGSVERTRÄGE	170.308	170.576	169.698	165.481	159.142
GEBUCHTE BEITRÄGE (in Tsd. EUR)					
brutto	18.224	18.042	17.875	17.411	16.389
f. e. R.	12.756	12.631	12.514	12.191	11.466
GEMELDETE SCHÄDEN	28.890	28.927	28.544	29.080	28.845
AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE f. e. R. (in Tsd. EUR)	12.455	10.532	9.550	10.646	9.899
in % der verdienten Beiträge f. e. R.	98,3	83,7	77,1	89,1	88,6
AUFWENDUNGEN FÜR DEN VERSICHERUNGSBETRIEB f. e. R. (in Tsd. EUR)	1.371	1.407	1.320	1.226	1.095
in % der gebuchten Beiträge f. e. R.	10,8	11,1	10,6	10,1	9,5
COMBINED RATIO f. e. R. (in %)	109,1	94,9	87,8	99,4	98,4
JAHRESÜBERSCHUSS (in Tsd. EUR)	463	620	641	814	895
KAPITALANLAGEN (in Tsd. EUR)	40.658	39.639	38.775	37.835	35.520
LFD. DURCHSCHNITTSVERZINSUNG DER KAPITALANLAGEN (%)	2,7	3,0	3,0	3,5	3,9
VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN f. e. R. (in Tsd. EUR)	32.918	32.371	30.933	28.878	27.166
BILANZSUMME (in Tsd. EUR)	46.350	44.648	42.436	40.579	37.883
EIGENKAPITAL (in Tsd. EUR)	10.386	9.923	9.403	9.062	8.548
in % der gebuchten Beiträge f. e. R.	81,4	78,6	75,1	74,3	74,6

LAGEBERICHT

/ Allgemeine Angaben

Erste Kernkompetenz der Badischen Rechtsschutzversicherung AG ist Rechtsschutz und Dienstleistung „Rund ums Recht“ für Privat- und Gewerbekunden in der Bundesrepublik Deutschland. Auf der Grundlage der „Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB)“ erstreckt sich unser Angebot auf alle dort aufgeführten Versicherungsarten.

Zweite Kernkompetenz ist die Versicherung von Städten und Gemeinden, Landkreisen, Zweckverbänden und sonstigen kommunalen Einrichtungen in Baden auf der Basis der „Bedingungen für die Kommunal-Rechtsschutzversicherung für Kommunen.“

Mit der Spezial-Straf-Rechtsschutzversicherung wird unsere Angebotspalette abgerundet. Des Weiteren nutzen wir unser Know-how in der Schadenbearbeitung, indem wir auch als Schadenabwicklungsunternehmen tätig sind.

ALLGEMEINE ENTWICKLUNG IN DER RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG

Bei den Vertragsstückzahlen verzeichnet die Branche ein Wachstum von rd. 1,1 %. Die Bruttobeitragseinnahmen sind auch aufgrund von Beitragsanpassungen um 2 % angestiegen.

Im Schadenbereich hat die Anzahl der gemeldeten Schäden mit 1,9 % wiederum leicht zugenommen. Die Schadenzahlungen haben mit 8,3 % nochmals deutlich zugelegt. Dies ist sowohl auf die Gebührenerhöhungen aus dem 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz als auch auf eine zunehmend verbraucherfreundlichere Auslegung der Bedingungswerke durch die Rechtsprechung, insbesondere den BGH zurückzuführen.

Auf den Arbeitsrechtsschutz entfällt mit 34,4 % nach wie vor der größte Anteil bei den Schadenzahlungen.

ANWENDUNG DRS 20

Der Deutsche Rechnungslegungs Standard Nr. 20 (DRS 20) wurde im vorliegenden Lagebericht weitgehend angewendet. Die bedeutsamsten Leistungsindikatoren bilden gemäß DRS 20 die Basis für die Beschreibung des Geschäftsverlaufs sowie die Prognose für das nächste Geschäftsjahr. Auf der Basis der Prognose wird im Bericht des folgenden Geschäftsjahres ein Vergleich der Prognose mit der tatsächlichen Geschäftsentwicklung für die bedeutsamsten Steuerungskennzahlen vorgenommen. Außerdem wurden neue Anforderungen für den Risikobericht umgesetzt, der darüber hinaus mit dem Chancenbericht zusammengefasst wurde. Des Weiteren wurden durch den DRS 20 zusätzlich geforderte Angaben in verschiedenen Kapiteln ergänzt.

STEUERUNGSSYSTEM

Das Steuerungssystem ist in der Badischen Rechtsschutzversicherung AG auf eine wertorientierte Steuerung ausgerichtet und unterstützt die Geschäftsleitung bei der Führung der Gesellschaft. Dabei wird mit Hilfe der Unternehmensziele, der Teilstrategien und den aus dem Planungsprozess abgeleiteten operativen Jahreszielen sichergestellt, dass die Geschäftsstrategie umgesetzt wird. Aus der dem Aufsichtsrat für das folgende Geschäftsjahr vorgelegten Unternehmensplanung werden quantitative und qualitative Unternehmensziele für das Management abgeleitet. In Ergänzung zur operativen Planung erstellen wir im laufenden Geschäftsjahr regelmäßig Hochrechnungen und führen zur unterjährigen Steuerung Geschäftsanalysen durch. Hier wird auf vierteljährlicher Basis verfolgt, wie sich wesentliche Unternehmenskennzahlen entwickeln. Bei sich abzeichnenden negativen Entwicklungen werden gegensteuernde Maßnahmen ergriffen.

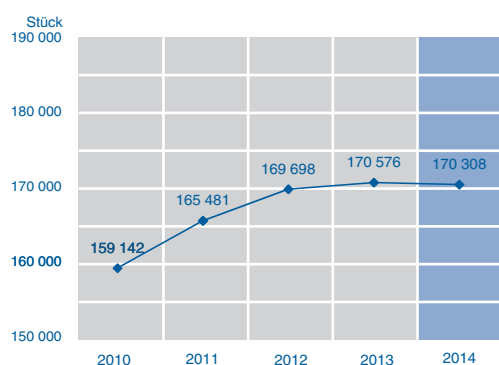
BEDEUTSAMSTE LEISTUNGSINDIKATOREN

Für eine adäquate Steuerung wurden bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren in Form von Umsatz-, Kosten-, Ertrags- und Ergebnisgrößen definiert. Zentrale finanzielle Leistungsindikatoren bilden dabei das Geschäftsergebnis vor Steuern sowie die Combined Ratio (netto) nach HGB. Als Combined Ratio wird das Verhältnis von Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb und Aufwendungen für Versicherungsfälle zu abgegrenzten Prämien bezeichnet. Daneben dient die Steuerung der Vertriebsleistung der nachhaltigen Entwicklung der Rechtsschutzversicherung.

/ Bericht über den Geschäftsverlauf 2014

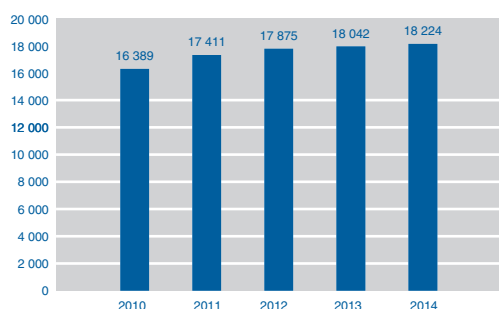
Mit innovativen und bedarfsgerechten Versicherungsprodukten, mit einem guten Preis-Leistungs-verhältnis sowie einem breit aufgestellten Vertriebsnetz haben wir uns im abgelaufenen Geschäfts-jahr dem zunehmenden Wettbewerb in der Rechtsschutzversicherung gestellt. Aufgrund der ver-haltenen Nachfrage nach Rechtsschutzprodukten wird dieser Wettbewerb zunehmend über den Preis geführt. Die Anzahl der mindestens einjährigen Verträge reduzierte sich im Berichtsjahr von 170.576 Stück auf 170.308 Stück. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass sich im Rahmen der Neutarifizierung im Jahr 2014 die Zählweise bei den Stückzahlen geändert hat.

ENTWICKLUNG DER VERTRAGSSTÜCKZAHLEN



Die Bruttobeiträge sind im Geschäftsjahr 2014 von 18.042 Tsd. EUR um 1,0 % auf 18.224 Tsd. EUR angestiegen. Mitursächlich hierfür war unter anderem die Beitragsanpassung zum 1.10.2014.

ENTWICKLUNG DER BRUTTOBEITRÄGE IN DEN LETZTEN FÜNF JAHREN IN TSD. EUR



Die Bruttoaufwendungen für Geschäftsjahresschäden sind im Berichtsjahr um 7,5 % auf 19.671 Tsd. EUR (i. V. 18.292 Tsd. EUR) gestiegen. Ursächlich hierfür war der erhöhte Schadenbedarf als Folge des Zweiten Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes. Deutlich spürbar waren auch die zusätzlichen Belastungen durch die zahlreichen Widerrufsfälle bei Immobilienkrediten. Dies sorgte neben den sonst üblichen Schadenfällen aus dem Bereich Kapitalanlagerecht für eine zusätzliche Belastung.

Trotz eines guten Abwicklungsergebnisses konnte der gestiegene Geschäftsjahresaufwand nur teilweise kompensiert werden und die gesamten Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich zum Vorjahr deutlich um 19,0 % und erreichten somit ein Volumen von 17.100 Tsd. EUR nach 14.367 Tsd. EUR im Vorjahr.

Die Anzahl der im Geschäftsjahr 2014 gemeldeten Schäden betrug 28.890 Stück (i. V. 28.927 Stück). Die Schadenfälle im Arbeits-Rechtsschutz sind dabei um 5,9 % zurückgegangen, während die Fallzahlen im Vertrags-Rechtsschutz um 4,2 % gestiegen sind. Hier spiegelt sich die stabile Lage am Arbeitsmarkt sowie die Konsumlaune in Deutschland wider.

Die Brutto-Gesamtschadenquote betrug 94,4 % (i. V. 80,0 %).

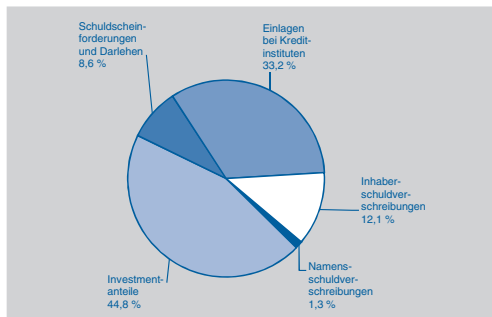
Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb, die im Wesentlichen die Aufwendungen für den Vertragsabschluss und für die Verwaltungstätigkeit darstellen, verringerten sich im Berichtszeitraum um 22 Tsd. EUR auf 2.738 Tsd. EUR (i. V. 2.760 Tsd. EUR).

Die Nettokostenquote belief sich auf 10,8 % (i. V. 11,1 %). Die Netto-Combined-Ratio stieg aufgrund des hohen Schadenaufwandes von 94,9 % auf 109,1 % stark an.

Aufgrund der beschriebenen außerordentlichen Belastungen ergab sich erstmals seit 2005 – damals als Folge des Ersten Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes – wieder ein negatives Nettoergebnis. Dies betrug 1.131 Tsd. EUR. Nach Berücksichtigung des Ergebnisses aus der Schwankungsrückstellung mit einer Entnahme in Höhe von 1.184 Tsd. EUR (i. V. Zuführung von 662 Tsd. EUR) ergab sich ein versicherungstechnischer Gewinn von 53 Tsd. EUR (i. V. 7 Tsd. EUR Verlust).

Die Kapitalanlagen konnten um 1.019 Tsd. EUR auf 40.658 Tsd. EUR (i. V. 39.639 Tsd. EUR) ausgebaut werden. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen beträgt 1.025 Tsd. EUR und liegt damit unter dem Vorjahresniveau von 1.166 Tsd. EUR. Vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus am Kapitalmarkt sind wir mit der erreichten laufenden Durchschnittsverzinsung in Höhe von 2,7 % (i. V. 3,0 %) zufrieden. Die Nettoverzinsung betrug 2,6 % (i. V. 3,0 %).

ZUSAMMENSETZUNG DER KAPITALANLAGEN:



Eine ausführliche Darstellung des Eigenkapitals erfolgt im Anhang.

Unter Berücksichtigung des versicherungstechnischen Ergebnisses von 53 Tsd. EUR (i. V. -7 Tsd. EUR) und des nichtversicherungstechnischen Ergebnisses von 605 Tsd. EUR (i. V. 867 Tsd. EUR) weisen wir ein positives Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 658 Tsd. EUR (i. V. 860 Tsd. EUR) aus.

Nach Abzug des Steueraufwandes von 195 Tsd. EUR erzielten wir einen Jahresüberschuss von 463 Tsd. EUR (i. V. 620 Tsd. EUR).

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 494 Tsd. EUR sowie der Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 230 Tsd. EUR belief sich der Bilanzgewinn auf 727 Tsd. EUR (i. V. 794 Tsd. EUR).

Vergleicht man die dargestellten Geschäftsergebnisse 2014 mit der Prognose aus dem Geschäftsbericht 2013, so sind die dort getroffenen Kernaussagen zu den Bestandsbeiträgen, den Kapitalanlageergebnis, der Durchschnittsverzinsung und zum Geschäftsergebnis eingetroffen.

/ Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung und Ausblick

RISIKOBERICHT

Unter Risikomanagement verstehen wir die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikofrüherkennung und zum Umgang mit den Risiken, die aus unserem unternehmerischen Handeln resultieren. Risiko definieren wir als Gefahr, dass die Badische Rechtsschutzversicherung AG ihre gesetzten Ziele nicht erreichen bzw. ihre Strategien nicht erfolgreich umsetzen kann. Risikocontrolling ist Bestandteil des Risikomanagements und beinhaltet die Erfassung, Analyse, Bewertung und Kommunikation von Risiken sowie die Überwachung getroffener Maßnahmen zur Risikosteuerung.

ZIELE UND GRUNDSÄTZE DES RISIKOMANAGEMENTS

Für unsere Gesellschaft ist die bewusste Steuerung und Überwachung von Risiken eine Kernaufgabe der Vorstände, aber auch die Aufgabe sämtlicher Fach- und Führungskräfte. Das Risikomanagementsystem mit seiner Frühwarnfunktion unterstützt sie dabei.

Unser Risikomanagement konzentriert sich auf solche Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können. Es entspricht den Anforderungen des KonTraG (§ 91 Abs. 2 AktG) und setzt die Mindestanforderungen an das Risikomanagement MaRisk (VA) in Verbindung mit § 64a VAG um.

Durch eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Risikomanagements setzen wir die externen Vorgaben um und bereiten uns gleichzeitig auf weitere Veränderungen aus dem Projekt „Solvency II“ der Europäischen Kommission vor. Solvency II ist das derzeit wichtigste Projekt im Bereich der Versicherungsaufsicht. Um sicherzustellen, dass wir uns gezielt auf die Solvency II-Anforderungen einstellen, wurde eine detaillierte Soll-/ Ist-Analyse durchgeführt, ein entsprechender Maßnahmenplan abgeleitet und ein konzernweites Projekt zur Umsetzung der zukünftigen Berichts- und Meldeanforderungen durchgeführt. Diese Vorgehensweise ermöglicht es uns, die Anforderungen von Solvency II in unserem Risikomanagement- und Governance-System zu berücksichtigen.

Unser Verständnis von Risikomanagement geht dabei über die Erfüllung gesetzlicher Vorschriften hinaus. Das Risikomanagement zielt darauf ab, unsere Finanzkraft zu sichern und die Entscheidungsträger bei der Unternehmenssteuerung zu unterstützen. Wir sehen Risikomanagement als elementaren Bestandteil der Unternehmenskultur an und möchten durch eine effiziente Risikoorganisation sowie adäquate Risikoinstrumente und -verfahren Mehrwert schaffen. Der strategische Rahmen für unser Risikomanagement und unsere risikopolitische Ausrichtung ist in der Risikostrategie verankert. Abgeleitet aus der übergeordneten Geschäftsstrategie beschreibt sie Art und Umfang der wesentlichen Risiken im Unternehmen. Sie definiert Ziele, Maßnahmen und Instrumente für den Umgang mit eingegangenen oder zukünftigen Risiken. Durch die organisatorische und prozessuale Verzahnung von Unternehmensplanung und Risikomanagement ist die Voraussetzung für eine zukunftsgerichtete und unternehmenssteuerungsrelevante Beurteilung der eigenen Risiken geschaffen. Mit Hilfe der Unternehmensziele und den aus dem Planungsprozess abgeleiteten operativen Jahreszielen wird sichergestellt, dass die Zielvorstellungen umgesetzt und damit die Chancen der Badischen Rechtsschutzversicherung AG wahrgenommen werden. Grundsätzlich wird dabei eine angemessene Balance zwischen der Wahrnehmung von Geschäftschancen und dem Eingehen

von Risiken angestrebt, wobei die Sicherung des Unternehmensfortbestands stets im Vordergrund steht. Bestandsgefährdende oder unkalkulierbare Risiken werden nicht eingegangen.

Ergänzend zur Risikostrategie haben wir in der Leitlinie zum Risikomanagement Standards für dessen aufbau- und ablauforganisatorische Ausgestaltung festgelegt.

RISIKOMANAGEMENTPROZESS UND -ORGANISATION

Unser Risikomanagementsystem zeigt entsprechend den aktuellen Vorschriften sowohl zentrale als auch dezentrale Ausprägungen. Das dem Vorstand berichtspflichtige zentrale Risikomanagement ist für die Konzeption und die permanente Weiterentwicklung des unternehmensweiten Risikomanagementsystems sowie die bereichsübergreifende Steuerung der Risiken und Koordination des Risikomanagementprozesses verantwortlich.

Im Rahmen der festgelegten Risikostrategien und Leitlinien steuern die dezentralen Risikomanager der Badischen Rechtsschutzversicherung AG und die Leiter der Fachbereiche der BGV-Versicherung AG, soweit sie ausgegliederte Funktionen für uns wahrnehmen, die Risiken eigenverantwortlich. Durch die personelle und organisatorische Trennung von risikoverantwortenden und risikoüberwachenden Einheiten setzen wir das Prinzip der Funktionstrennung konsequent um. Der Risikomanagementprozess ist in den einzelnen Fachabteilungen und Funktionsbereichen als laufender Prozess angelegt. Er basiert auf der Risikostrategie und umfasst in einem iterativen Regelkreislauf die Hauptbestandteile Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikosteuerung, Risikoüberwachung sowie Risikoberichterstattung.

Im Rahmen der Risikoidentifikation erfassen, aktualisieren und dokumentieren wir eingegangene oder potenzielle Risiken regelmäßig. Die erkannten Risiken werden anhand von Eintrittswahrscheinlichkeiten und möglichen negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit beurteilt. Hierzu gehört auch die Einschätzung, ob Einzelrisiken, die isoliert betrachtet von nachrangiger Bedeutung sind, in ihrem Zusammenwirken oder durch Kumulation im Zeitverlauf wesentlichen Charakter annehmen können. Mit Hilfe regelmäßig stattfindender Kennzahlenanalysen und Risikobefragungen sämtlicher Fachbereiche erfolgt eine Verdichtung der Einzelrisiken zu Risikokategorien und danach zu einer Bewertung der Gesamtrisikosituation im Rahmen der internen Risikoberichterstattung.

Die Risikosteuerung und -überwachung wird mit Hilfe eines Risikotragfähigkeitskonzeptes und Limitsystems unterstützt. Limite werden für alle mit dem Standardansatz quantifizierten Risiken vergeben, deren Einhaltung sowie die ausreichende Bedeckung mit Eigenmitteln wird regelmäßig überwacht und dem Vorstand berichtet.

Die Risikoanalyse bestätigte, dass die sich für den Versicherungsbetrieb ergebenden Risiken durch das Risikomanagementsystem wirksam kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Risikosituation der Badischen Rechtsschutzversicherung AG stellt sich zum Ende des Jahres 2014 wie folgt dar:

VERSICHERUNGSTECHNISCHE RISIKEN

Die versicherungstechnischen Risiken setzen sich zusammen aus:

- dem Prämien-/Schadenrisiko, d. h. dem Risiko, dass die kalkulierten Tarife sich als unauskömmlich herausstellen könnten, wodurch der Risikoausgleich im Kollektiv scheitert. Dies wäre dann der Fall, wenn die Schadenzahlungen höher sind als ursprünglich zu erwarten war oder Irrtümer bei der Schätzung der Schadenhäufigkeit oder -höhe auftreten, ohne dass eine rechtzeitige Anpassung der Beiträge und Versicherungsbedingungen möglich ist (Zufalls-, Änderungs- und Irrtumsrisiko);
- dem Reserverisiko, d. h. dem Risiko, dass die zu leistenden Schadenzahlungen höher sein könnten als die zum Zeitpunkt der Schadenmeldung erwarteten und dafür zurückgestellten Beträge. Als Folge einer solchen Entwicklung könnten Abwicklungsverluste entstehen.

Diese Risiken wurden auch im Jahr 2014 fachgerecht bewertet und durch unterschiedliche Risikovororgemaßnahmen begrenzt. Unter anderem trugen bedingungsgemäße Risikobegrenzungen, Annahmerichtlinien, eine vorsichtige Tarifierungspolitik sowie angemessene Schadenrückstellungen dazu bei, diese Risiken transparent und kalkulierbar zu machen. Darüber hinaus wurde über die Bestimmung der Marktwertrückstellungen die Reservesituation aktuariell überprüft. In 2014 ergab sich hierdurch kein Bedarf einer Änderung des Reservierungsverhaltens. Ein permanentes Schadencontrolling zeigt zudem frühzeitig negative Entwicklungen auf.

Durch einen Rückversicherungsvertrag mit dem Konzernunternehmen BGV-Versicherung AG wird das versicherungstechnische Risiko zusätzlich reduziert.

Im Bereich der versicherungstechnischen Risiken wird unter anderem die langfristige Entwicklung der Nettoschaden- und Nettoabwicklungsquoten beobachtet. Die Gesamtschadenquoten und Abwicklungsergebnisse entwickelten sich in den letzten Jahren wie folgt:

	<i>Netto-Gesamt- schadenquoten in %</i>	<i>Netto-Abwicklungs- ergebnis in % der Eingangsschaden- rückstellung</i>
2014	98,3	8,0
2013	83,7	12,1
2012	77,1	9,1
2011	89,1	5,5
2010	88,6	7,3
2009	89,7	8,5
2008	79,8	11,2
2007	88,1	7,0
2006	78,4	11,5
2005	93,9	4,7

RISIKEN AUS DEM AUSFALL VON FORDERUNGEN AUS DEM VERSICHERUNGSGESCHÄFT

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 bestanden Forderungen an Versicherungsnehmer in Höhe von 85,5 Tsd. EUR. Im Verhältnis zu den gebuchten Brutto-Beiträgen beträgt die Außenstandsquote 0,5 % und liegt damit deutlich unter der Quote, die in der Vergangenheit in der Gesamtbranche beobachtet wurde.

Die ausstehenden Forderungen, deren Fälligkeit am Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 mehr als 90 Tage zurückliegt, betragen 7 Tsd. EUR.

Begrenzt wird das Risiko durch eine regelmäßige Überwachung der Außenstände und ein systematisches Mahnverfahren.

Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern lag im Zeitraum von 2012 bis 2014 nahezu bei 0 %. Bei den restlichen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen an die BGV-Versicherung AG aus dem Rückversicherungsgeschäft, die in der Zwischenzeit bereits ausgeglichen worden sind.

RISIKEN AUS KAPITALANLAGEN

Die Kapitalanlagen sind mehreren Risiken ausgesetzt, auf die im Folgenden eingegangen wird.

Die entsprechenden Maßnahmen zur Risikoreduktion bestehen in der Festlegung von Anlagerichtlinien, einer Limitsystematik, der Konzentration auf bonitätsstarke Emittenten sowie einer angemessenen Mischung und Streuung der Assets gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

MARKTPREISRISIKO

Unter dem Marktpreisrisiko wird das Risiko einer negativen Wertveränderung einer Kapitalanlage aufgrund von Entwicklungen der zugrunde liegenden Marktrisikofaktoren wie beispielsweise Zinsen, Immobilienpreise, Aktien- und Währungskurse verstanden. Das Marktpreisrisiko setzt sich daher aus den Risikoarten Zinsänderungs-, Aktienkurs-, Fremdwährungs-, Immobilien- und Beteiligungsrisiko zusammen.

Währungsrisiken sind für uns aufgrund des geringen Anteils der Fremdwährungsanlagen am Gesamtbestand der Kapitalanlagen von untergeordneter Bedeutung.

Immobilien- und Beteiligungsrisiken bestehen keine.

Auswirkungen auf den Marktwert unserer Kapitalanlagen werden mit Hilfe regelmäßiger Szenarioanalysen und anhand unseres Limitsystems überprüft. Ein Zinsanstieg kann neben Kursverlusten auch zu Abschreibungen auf den Wertpapierbestand führen. Dieses Risiko ist bei uns begrenzt, da der größte Teil der festverzinslichen Wertpapiere aus Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen besteht und die Bilanzierung demzufolge zum Nennwert beziehungsweise zu fortgeführten Anschaffungskosten erfolgt. Ferner wird durch die generelle Buy-and-hold-Strategie eine Realisierung von Kursverlusten vermieden.

Strukturierte Zinsprodukte, Asset Backed Securities und Credit Linked Notes werden unserem Portfolio nicht beigemischt. Derivative Finanzinstrumente setzen wir ausschließlich zu Absicherungszwecken in Fonds ein.

Zur Beurteilung und Überwachung der Marktrisiken führen wir für unsere Aktien und festverzinslichen Anlagen regelmäßig Simulationen durch, die uns die Wertveränderung unseres Portefeuilles in Abhängigkeit zu Marktschwankungen aufzeigen.

Der Marktwert unserer Kapitalanlagen würde sich gegenüber dem Jahresende 2014 um die nachstehend angegebenen Werte verändern, wenn sich die Preise für Aktien und die Zinsen für festverzinsliche Wertpapiere im angeführten Maß nach oben oder unten bewegten.

AKTIENMARKTVERÄNDERUNG RÜCKGANG UM 10 %:		RENDITEVERÄNDERUNG DES RENTENMARKTES ANSTIEG UM 100 BASISPUNKTE:	
Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-426.847	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-1.284.294
AKTIENMARKTVERÄNDERUNG RÜCKGANG UM 35 %:		RENDITEVERÄNDERUNG DES RENTENMARKTES RÜCKGANG UM 100 BASISPUNKTE:	
Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-1.493.963	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	+1.299.766

AUSFALLRISIKO AUS KAPITALANLAGEN

Dieses Risiko, das auch als Kreditrisiko bezeichnet wird, bedeutet bei schlechter Bonität eines Engagements oder Schuldners (Emittenten) die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls von Zins und Tilgung.

Die Staatsschuldenkrise und deren mögliche Konsequenzen für das europäische Finanzsystem bestimmen weiterhin die öffentliche Diskussion in der Versicherungsbranche. Aufgrund unserer konservativen Kapitalanlagepolitik sind keine wesentlichen unmittelbaren Folgen für die Badische Rechtsschutzversicherung AG zu erwarten. Dennoch birgt die Staatsschuldenkrise schwer abschätzbare mittelbare Risiken für den Euro-Raum, sowohl bezüglich des Euros als auch bezüglich der Bonität der Schuldner und wird deshalb im Rahmen des Risikomanagementprozesses aufmerksam beobachtet. Eine indirekte Folge der Bekämpfung der Staatsschuldenkrise stellt das niedrige Zinsniveau dar. Dies führt zu einer mittelbaren Auswirkung der Schuldenkrise auf uns in Form von niedrigeren Wiederanlagezinssätzen. Durch dieses künstlich tiefliegende Zinsniveau erwarten wir, dass sich das Kapitalanlageergebnis im Vergleich zu früheren Jahren reduzieren wird.

Ein wesentlicher Teil der festverzinslichen Wertpapiere in unserem Bestand sind Emissionen, die von der Bundesrepublik Deutschland, Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland oder von Banken in Form von (öffentlichen) Pfandbriefen mit gutem Rating ausgegeben wurden. Diese Emissionen lauten ausschließlich auf Euro.

Anlagen bei Kreditinstituten in Form von Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen sowie Tages- und Festgeldanlagen werden nur bei geeigneten Kreditinstituten im Rahmen der Bankenrechtskoordinierungsrichtlinie 2000/12/EG vorgenommen. Zusätzlich muss das Kreditinstitut an einem Einlagensicherungssystem mitwirken. Die Rentenengagements werden grundsätzlich im Investment Grade-Bereich investiert und weisen daher eine gute Bonität auf. Der Anlageausschuss kann in Form von Ausnahmen und unter Einbindung des Risikomanagements auch Rentenengagements in der Ratingkategorie Non-Investment Grade beschließen. Renten-Investitionen ohne Rating erfolgen im Rahmen speziell ausgesuchter Adressen mit guter Bonitätseinschätzung, die durch die Zugehörigkeit zum Einlagensicherungsfonds ein stark begrenztes Ausfallrisiko aufweisen.

Damit ergibt sich folgende prozentuale Aufteilung der Anlagen auf Marktwertbasis:

Investment Grade (Ratingkategorien AAA – BBB-)	94,8 %
Non-Investment Grade (Ratingkategorien BB – B)	4,8 %
ohne Rating (non rated)	0,4 %

LIQUIDITÄTSRISIKO

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit mangels ausreichend vorhandener liquider Mittel nicht erfüllen zu können.

Diesem Risiko begegnen wir mittels einer Liquiditätsplanung. Für das jeweilige Geschäftsjahr wird dabei eine Prognose der Zahlungsströme auf Monatsbasis erstellt, die regelmäßig an die aktuelle Geschäftsentwicklung angepasst wird. Darüber hinaus berücksichtigt die Vermögensverwaltung generell die Marktgängigkeit einzelner Anlagen.

Die Badische Rechtsschutzversicherung AG kann auf die ungeplante Veräußerung von Renten vor ihrer Endfälligkeit zum Zweck der Liquiditätsbeschaffung verzichten. Durch unsere Liquiditätsplanung und -steuerung wird die notwendige Liquidität zur Bedienung aller Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft und sonstigen Verpflichtungen sichergestellt.

OPERATIONELLE RISIKEN UND SONSTIGE RISIKEN

Die operationellen Risiken bestehen aus

- den betrieblichen Risiken, d. h. Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen können, und
- rechtlichen Risiken, d. h. Risiken, die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Durch ein ausgeprägtes Internes Kontrollsystem, das Arbeitsanweisungen, Plausibilitäts- und Abstimmungsprüfungen, die organisatorische Trennung von Funktionen sowie umfangreiche Kontrollen beinhaltet, wird sichergestellt, dass mögliche Risiken im Rahmen der operationellen Tätigkeit unserer Funktionseinheiten vermieden bzw. auf ein akzeptables Maß reduziert werden. Insbesondere werden durch regelmäßige und effektive Kontrollen die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems überprüft und dokumentiert. Die ständige Verbesserung dieser Sicherheitsmaßnahmen ist unser Ziel. Die Funktionen des IT-Sicherheitsbeauftragten, Compliancebeauftragten, Datenschutzbeauftragten, Brandschutzbeauftragten und Notfallbeauftragten stellen durch die Kontrolle und Überwachung der Einhaltung der jeweiligen Vorgaben ein wirksames Internes Kontrollsystem in diesen Bereichen sicher.

Neben der Verfeinerung der technischen Kontrollen im Schadenzahlungsbereich werden vor allem im Bereich der Informationsverarbeitung durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Versicherungsunternehmen kontinuierlich Anstrengungen unternommen, die Datensicherheit und Vertraulichkeit elektronisch gespeicherter und übertragener Informationen über deren gesamten Lebenszyklus weiter zu verbessern. Der Informationssicherheit wird große Bedeutung beigegeben. Daher existieren im Bereich der Datenverarbeitung umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen, die die Sicherheit der Programme und Daten gewährleisten. Für den Schutz des internen Netzwerks werden ständig angepasste Firewalls und Antivirenprogramme eingesetzt.

Ergänzt werden diese Maßnahmen durch regelmäßige Datensicherungen, die im Bedarfsfall eine rasche Wiederherstellung von Daten ermöglichen. Mit Hilfe der implementierten IT-Notfallplanung und der laufenden Weiterentwicklung der IT-Prozesse wird das IT-Sicherheitsmanagement weiter ausgebaut und den Entwicklungen angepasst.

Rechtliche Risiken und Risiken aus Geschäftsprozessen existieren prinzipiell auch bei uns, besondere existenzgefährdende Sachverhalte haben sich nicht konkretisiert.

Von der Internen Revision werden alle Unternehmensbereiche regelmäßig dahingehend überprüft, ob sie bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten die dafür gültigen gesetzlichen Regelungen und die bestehenden unternehmensinternen Anweisungen einhalten. Neben der laufenden Prüfung des Betriebs- und Schadenbereichs werden die Effektivität und Effizienz des Risikomanagementsystems regelmäßig überprüft. Ferner wird der Kapitalanlagebereich einer umfassenden Prüfung entsprechend der aufsichtsrechtlichen Anforderungen unterzogen.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass auch im Geschäftsjahr 2014 keine Entwicklungen erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen könnten.

Die Solvabilität entspricht den gesetzlichen Anforderungen. Die Solvabilitätsspanne ist in Höhe von 308,6 % mit Eigenmitteln bedeckt. Dabei wurden die Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen nicht berücksichtigt. Dies belegt die insgesamt gute Risikosituation unserer Gesellschaft.

BESONDERE EREIGNISSE

Bis zur Erstellung des Lageberichts gab es keine besonderen Ereignisse und bis zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Geschäftsberichtes sind keine Risiken bekannt, die den Fortbestand unserer Gesellschaft gefährden.

ERKLÄRUNG GEMÄSS § 312 AKTG

Der gemäß § 312 AktG zu erstattende Abhängigkeitsbericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen ist fristgerecht vorgelegt worden; er schließt mit folgender Erklärung:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zum Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse von verbundenen Unternehmen lagen nicht vor.“

AUSBLICK UND CHANCEN

Die Aussichten bezüglich des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes und deren Auswirkungen auf die Rechtsschutzversicherung bewerten wir verhalten. Es bleibt abzuwarten, ob die wirtschaftlichen (Wahlausgang in Griechenland) und politischen (Ukraine-Krise) Ereignisse sich verändernd auf das wirtschaftliche Wachstum auswirken werden. Die derzeitigen Prognosen für das Wirtschaftswachstum in 2015 gehen noch von einem deutlichen Anstieg aus, ebenso von einer positiven Inlandsnachfrage. Dieses Wachstum wird sich auf den Rechtsschutzmarkt nicht wesentlich auswirken. Der Wettbewerb um den Kunden wird sich im Jahr 2015 jedoch fortsetzen und sogar noch an Schärfe gewinnen. Verbraucherfreundlichere Bedingungen, Leistungsinhalte, Assistance-Leistungen und vor allem die Prämie werden dabei eine wesentliche Rolle spielen. Die Auswirkungen des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes werden sich auch in 2015 weiter zeigen. Im Geschäftsjahr 2015 wird dies erneut zu deutlichen Mehrkosten in der Rechtsschutzversicherung führen. Auch mögliche Beitragsanpassungen werden dies nicht in vollem Umfang auffangen können, so dass die Ergebnisse weiterhin belastet werden. Es bleibt zu hoffen, dass sich der Verbraucher des dadurch höheren Kostenrisikos bei einem Rechtsstreit bewusster wird und es so zu einer Belebung der Nachfrage kommt. Die Marktdurchdringung (Anzahl der versicherten Haushalte) der Rechtsschutzversicherung könnte sich dadurch wieder etwas verbessern, zumal der Arbeitsrechtsschutz nicht an Attraktivität verliert.

Auch im Jahr 2015 konzentrieren wir uns auf das Angebot bedarfsgerechter Versicherungsprodukte mit einem guten Preis-Leistungsverhältnis, mit welchem wir uns besondere Chancen am Markt ausrechnen. Im Privatgeschäft fokussiert sich dies nicht nur auf die Deckung eines Grundbedarfs durch unser Basisprodukt „proSB“, sondern auch auf das Angebot für den gehobenen Kundenbedarf „proComfort“. Mit unserem Produkt „proSenioren“ tragen wir dem Umstand Rechnung, dass sich für unsere Versicherungsnehmer aufgrund des Austritts aus dem Arbeits- und Berufsleben eine veränderte Lebenssituation ergibt.

Im Firmen- und Gewerbegebiet konzentrieren wir uns im Wesentlichen auf kleine und mittelständische Betriebe wie z.B. das Handwerk, insbesondere in der badischen Region.

Ein guter Schadenverlauf des Versicherungsvertrags wird bei unseren Produkten durch die Rückstufung des Selbstbehalts belohnt. Dies kann bereits nach drei Jahren ohne Schadenzahlung zum Wegfall des Selbstbehalts führen. Mit unserem neuen Tarif wollen wir unsere Kunden zudem noch besser in unser Anwaltsnetz steuern, um so unsere Kosten bei gleichbleibend hoher Qualität der anwaltlichen Leistung zu senken. Zur Festigung und zum Ausbau unserer guten Marktposition achten wir weiter auf die Verbesserung und Automatisierung unserer Geschäftsprozesse sowohl in der Vertragsverwaltung als auch in der Schadenbearbeitung. Die Anwälte unserer Kunden können im Schadenfall mit uns über das Anwaltsportal „Drebis“ korrespondieren. Die Abwicklung ist schnell, einfach und unkompliziert und eignet sich sehr gut für die Standardfälle in der Rechtsschutzversicherung. Die Korrespondenz mit Anwälten über dieses Portal wird zukünftig immer mehr Raum einnehmen. Insgesamt bieten wir unseren Kunden durch eine effektive und kundenfreundliche Abwicklung der Schadenfälle eine optimale Betreuung und schnelle Hilfe im Schadenfall. Damit werden wir auch in 2015 unsere Marktposition ausbauen und unseren Bekanntheitsgrad weiter erhöhen.

Als wichtiges Instrument zur Kundenbindung und zur Steigerung unserer Servicequalität setzen wir weiterhin auf zusätzliche Assistance-Leistungen wie beispielsweise die telefonische Rechtsberatung, bei der selbstständige und kompetente Rechtsanwälte eine fundierte Beratung und guten Rat erteilen. Auch eine Dokumentenprüfung ist dort jederzeit möglich. Unseren „proComfort“-Kunden bieten wir zusätzlich online die Möglichkeit einer schnellen schriftlichen Rechtsberatung durch Rechtsanwälte und damit eine konkrete Hilfe bei ihren rechtlichen Problemen. Neben dem klassischen forensischen Weg zur Durchsetzung ihrer Rechte bieten wir unseren Kunden auch die Möglichkeit der professionellen Konfliktlösungsunterstützung durch einen Mediator, der in geeigneten Fällen telefonisch zwischen den Konfliktparteien vermittelt, ein Weg Streitigkeiten zu einem guten und nachhaltigen Ende zu bringen. Im Firmengeschäft setzen wir auf zusätzliche Serviceleistungen wie das Forderungsmanagement und Bonitätsauskünfte.

Wir nutzen unsere Marktchancen in unserem Kernmarkt Baden, aber auch durch Kooperationen und über den Direktkanal in anderen Märkten. Produkt- und Serviceinnovationen sowie ein umfassender Vertriebswege-Mix sollen beim Erreichen der Wachstums- und Ertragsziele sowie der Erschließung neuer Kundenpotenziale helfen. Wir streben ein moderat steigendes Wachstum an. Dies bedeutet für uns eine hohe Veränderungs- und Investitionsbereitschaft, das Beschreiten neuer Wege, die Entwicklung neuer Produkte, die Bearbeitung neuer Markt- und Kundensegmente sowie die Betreuung und Pflege neuer Partnerschaften. Neben den Chancen aus solchen Innovationen können diese auch Risiken bergen, die es frühzeitig zu identifizieren, zu messen und zu steuern gilt.

Ein Neue-Produkte-Prozess stellt die notwendige Transparenz und systematische Vorgehensweise bei derartigen Veränderungsprozessen sicher. Aus Sicht des Risikomanagements wird dabei besonderer Fokus auf die Herstellung der Transparenz von Chancen und Risiken gelegt, das heißt auf die Bestimmung des möglichen Ertrags- und Risikogehalts aus der Neuerung. Die Auswirkungen werden mittels einer Chancen-/ Risikoanalyse vorab überprüft und bewertet. Die Chancen-/ Risikoanalyse umfasst die tangierten Schnittstellen und alle Bereiche im Unternehmen, auf die das neue Produkt / Geschäftsfeld potenziell Einfluss hat. Alle erkannten Risiken werden in das Risikoinventar übernommen und entsprechend den vorgesehenen Regeln beschrieben und beurteilt.

Wir verfolgen eine konservative und zurückhaltende Kapitalmarktstrategie und gehen für das Geschäftsjahr 2015 von einem marginal rückläufigen Kapitalanlageergebnis aus.

Für das Geschäftsjahr 2015 erwarten wir einen leicht steigenden Bestandsbeitrag, eine Netto-Combined Ratio von über 100 % und ein positives Geschäftsergebnis, das im Vergleich zum Geschäftsjahr jedoch geringer ausfallen wird.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Ende des Geschäftsjahres 2014 nicht eingetreten.

DANK AN MITARBEITER UND GESCHÄFTSPARTNER

Unseren Geschäftspartnern und Kunden danken wir herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir sehr für ihr Engagement und die Loyalität zu unserer Gesellschaft. Sie haben erneut mit großem und überdurchschnittlichen Einsatz und guten Fachkenntnissen hervorragende Arbeit geleistet.

JAHRESÜBERSCHUSS UND GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

	<i>EUR</i>
<i>Jahresüberschuss</i>	463.200
<i>Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</i>	493.745
<i>Einstellung in Gewinnrücklagen</i>	230.000
<i>Bilanzgewinn</i>	726.945
<hr/>	
<i>Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung folgende Gewinnverwendung vor:</i>	
<i>Zusätzliche Einstellung in Gewinnrücklagen</i>	300.000
<hr/>	
<i>Gewinnvortrag</i>	426.945



JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2014

/ Aktiva

	2014			2013
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. KAPITALANLAGEN				
<i>Sonstige Kapitalanlagen</i>				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		18.201.506,22		14.788.409
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		4.931.575,00		5.050.850
3. Sonstige Ausleihungen		4.025.000,00		4.800.000
4. Einlagen bei Kreditinstituten		<u>13.500.000,00</u>		15.000.000
			40.658.081,22	39.639.259
B. FORDERUNGEN				
<i>I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:</i>				
1. Versicherungsnehmer	85.535,69			106.424
2. Versicherungsvermittler	<u>12.399,15</u>			897
		97.934,84		107.321
<i>II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft</i>		390.002,00		317.315
<i>davon Forderungen an verbundene Unternehmen: 390.002,00 EUR (i. V. 317.315 EUR)</i>				
<i>III. Sonstige Forderungen</i>		485.362,13		463.834
<i>davon Forderungen an verbundene Unternehmen: 212.290,71 EUR (i. V. 112.848 EUR)</i>				
			973.298,97	888.470
C. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE				
<i>I. Sachanlagen und Vorräte</i>		1.600,00		2.192
<i>II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand</i>		<u>2.920.021,32</u>		2.590.483
			2.921.621,32	2.592.675
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
<i>I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten</i>		302.304,21		383.574
<i>II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten</i>		<u>12.767,22</u>		0
			315.071,43	383.574
E. AKTIVE LATENTE STEUERN			<u>1.481.427,09</u>	<u>1.144.268</u>
		SUMME DER AKTIVA	<u>46.349.500,03</u>	<u>44.648.246</u>

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2014

/ Passiva

	2014			2013
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital		3.500.000,00		3.500.000
II. Kapitalrücklage		430.492,34		430.492
davon Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG: 225.975,59 EUR (i. V. 225.976 EUR)				
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	145.483,25			145.483
2. andere Gewinnrücklagen	<u>5.582.909,24</u>	5.728.392,49		5.052.910
IV. Bilanzgewinn		<u>726.945,00</u>		793.745
			10.385.829,83	9.922.630
B. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	4.141.682,00			4.023.655
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>974.125,00</u>			936.634
		3.167.557,00		3.087.021
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	37.121.286,00			34.714.164
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>10.359.082,00</u>			9.603.592
		26.762.204,00		25.110.572
III. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		2.978.597,00		4.162.950
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		<u>9.200,00</u>		10.500
			32.917.558,00	32.371.043
C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.578.709,00		1.285.504
II. Steuerrückstellungen		385.135,13		71.898
III. Sonstige Rückstellungen		<u>71.900,00</u>		56.600
			2.035.744,13	1.414.002
D. ANDERE VERBINDLICHKEITEN				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern		754.158,05		748.976
II. Sonstige Verbindlichkeiten		256.210,02		191.595
davon:				
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen: 7.748,34 EUR (i. V. 3.998 EUR)				
aus Steuern: 178.074,54 EUR (i. V. 169.437 EUR)				
			1.010.368,07	940.571
			<u>46.349.500,03</u>	<u>44.648.246</u>
		SUMME DER PASSIVA		

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2014 BIS 31. DEZEMBER 2014

/ Posten

	2014		2013
	EUR	EUR	EUR
I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge	18.224.166,76		18.042.476
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>5.467.907,03</u>		5.411.687
		12.756.259,73	12.630.789
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-118.027,00		-80.068
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	<u>37.491,00</u>		27.144
		<u>-80.536,00</u>	-52.924
		12.675.723,73	12.577.865
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		17.590,50	15.516
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	14.692.444,24		13.285.420
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>3.888.885,27</u>		3.476.711
		10.803.558,97	9.808.709
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	2.407.122,00		1.081.899
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>755.490,00</u>		358.672
		<u>1.651.632,00</u>	723.227
		12.455.190,97	10.531.936
4. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen		1.300,00	1.000
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		2.738.047,69	2.760.184
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>1.366.976,76</u>	1.352.922
		1.371.070,93	1.407.262
6. Zwischensumme		-1.131.647,67	655.183
7. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen		<u>1.184.353,00</u>	-662.683
8. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		52.705,33	-7.500

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2014 BIS 31. DEZEMBER 2014

/ Posten

	2014			2013
	EUR	EUR	EUR	EUR
II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.172.790,96			1.238.185
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>0,00</u>			6.750
		1.172.790,96		1.244.935
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	83.746,49			75.181
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>63.900,00</u>			3.800
		<u>147.646,49</u>		78.981
			1.025.144,47	1.165.954
3. Sonstige Erträge		200.118,15		205.131
4. Sonstige Aufwendungen		<u>620.142,32</u>		503.884
			<u>-420.024,17</u>	-298.753
5. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis			<u>605.120,30</u>	867.201
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			657.825,63	859.701
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		193.133,99		238.438
8. Sonstige Steuern		<u>1.491,64</u>		1.663
			<u>194.625,63</u>	240.101
9. Jahresüberschuss			463.200,00	619.600
10. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>493.745,00</u>	474.145
			956.945,00	1.093.745
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen			<u>230.000,00</u>	<u>300.000</u>
12. Bilanzgewinn			<u>726.945,00</u>	<u>793.745</u>

/ Aufsichtsrat

Jürgen Bäuerle

Landrat des Landkreises Rastatt

Vorsitzender

Ira Sattler

Bürgermeisterin der Gemeinde Jestetten

Stellvertretende Vorsitzende

Wolfgang Gerstner

Oberbürgermeister a.D. der Stadt Baden-Baden

Michael Kessler

Bürgermeister der Gemeinde Heddesheim

Heinz Ohnmacht

Geschäftsleitender Direktor des Badischen

Gemeinde-Versicherungs-Verbandes, Karlsruhe

Ernst Schilling

Bürgermeister der Stadt Herbolzheim

/ Vorstand

Roland Fahrner

Direktor

Thomas Kollöffel

Direktor

/ Aufsicht

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,

Bereich Versicherungen, Bonn



BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen sowie dem VAG aufgestellt.

Die im amtlichen Formblatt vorgesehenen, aber nicht belegten Posten werden nicht aufgeführt.

AKTIVA

Die Bewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Anteile am Investmentfonds erfolgte zu Anschaffungskosten vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Sind die Gründe für eine ehemals durchgeführte Abschreibung entfallen, wird gemäß § 253 Abs. 5 HGB eine Zuschreibung bis maximal auf den fortgeführten Anschaffungswert vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen sind sowohl dem Anlagevermögen als auch dem Umlaufvermögen zugeordnet. Erstgenannte wurden zu Anschaffungskosten gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Letztgenannte werden zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip gem. § 341 Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 4 HGB. Sind die Gründe für eine ehemals durchgeführte Abschreibung entfallen, wird gem. § 253 Abs. 5 HGB eine Zuschreibung bis maximal auf den fortgeführten Anschaffungswert vorgenommen. Abschreibungen bei Inhaberschuldverschreibungen wurden weder im Anlagevermögen, da dabei nicht von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist, noch im Umlaufvermögen, da sich hier kein niedrigerer Wert am Abschlussstichtag ergibt, vorgenommen. Der Zeitwert der Inhaberschuldverschreibungen beträgt 3.573 Tsd. EUR; bei einem Buchwert von 3.487 Tsd. EUR bestehen stille Reserven in Höhe von 96 Tsd. EUR sowie stille Lasten in Höhe von 10 Tsd. EUR.

Namenschuldverschreibungen und Einlagen bei Kreditinstituten sind mit dem Nennwert angesetzt. **Schuldscheinforderungen und Darlehen** werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Ermittlung der Zeitwerte erfolgt je Papier unter Zugrundelegung von Zinsstrukturkurven. Im kurzen Laufzeitbereich werden Euriborwerte, für Laufzeiten über einem Jahr Midswapsätze verwendet. Das Emittentenrisiko wird durch einen pauschalen Abschlag berücksichtigt. Die **Forderungen an Versicherungsnehmer** sind zum Nennwert bilanziert worden; wegen des allgemeinen Ausfallrisikos wurden Wertberichtigungen in angemessener Höhe abgesetzt.

Andere Forderungen und laufende Guthaben bei Kreditinstituten wurden jeweils mit dem Nennwert bzw. mit dem Barwert bilanziert. Die Gegenstände der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt.

Die **Rechnungsabgrenzungsposten** sind mit den Nominalwerten angesetzt.

Der Posten **Aktive latente Steuern** gem. § 274 Abs. 1 HGB resultiert aus zeitlich begrenzten Unterschiedsbeträgen zwischen Handels- und Steuerbilanz. Auf die Unterschiedsbeträge wurden Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer gerechnet.

PASSIVA

Die **Beitragsüberträge** wurden im Geschäftsjahr nach der 1/12-Methode auf der Grundlage der Bestandsbeiträge ermittelt. Hierbei wurden die nicht übertragsfähigen Beitragsteile berücksichtigt. Die Anteile des Rückversicherers an den Beitragsüberträgen wurden entsprechend der Abrechnung mit dem Rückversicherer angesetzt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wurde je Einzelschaden ermittelt. Außerdem wurde für noch nicht bekannte Ereignisse eine Spätschadenrückstellung unter Anwendung des Chain-Ladder-Verfahrens gebildet. Die Schadenregulierungskosten wurden unter Berücksichtigung des koordinierten Ländererlasses vom 2. Februar 1973 errechnet. Regressforderungen wurden - soweit sie aktivierungsfähig sind - von der Rückstellung abgesetzt. Die Anteile des Rückversicherers an den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden entsprechend des bestehenden Rückversicherungsvertrags angesetzt.

Die **Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen** wurden entsprechend § 341h HGB, § 29 RechVersV und der Anlage zu § 29 RechVersV ermittelt.

Die **sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** enthalten eine Stornorückstellung für Beitragsforderungen, die auf der Grundlage eines entsprechenden mathematischen Modells auf der Basis von Vergangenheitswerten berechnet wurde.

Die **nichtversicherungstechnischen Rückstellungen** wurden in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet. Aus den durch das BilMoG geänderten Bewertungsvorschriften für langfristige Rückstellungen resultiert zum einen eine Überdeckung von 1 Tsd. EUR aus der Rückstellung für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen auf Grund des Wahlrechts des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB zum 31. Dezember 2014. Zum anderen ergibt sich aus den Steuerrückstellungen im Zusammenhang mit Betriebsprüfungsrisiken eine Überdeckung von 1 Tsd. EUR.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** wurden basierend auf den biometrischen Grundwerten (Wahrscheinlichkeiten für Todes- und Invaliditätsfälle) nach Klaus Heubeck (Richttafeln RT 2005 G) berechnet. Die Bewertung nach BilMoG hat auf Basis realistischer Annahmen zu erfolgen. Künftige Gehaltserhöhungen und künftige Rentenanpassungen sowie Annahmen über Kündigungsraten sind in die Berechnungen gemäß BilMoG einzubeziehen. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgte nach dem international anerkannten Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode). Die Abzinsung erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB. Folgende Parameter wurden angesetzt:

Pensionsalter	63 Jahre
Gehaltsdynamik	2,20 % p.a.
Rentendynamik	2,00 % p.a.
Zinssatz ¹⁾	4,54 % p.a.
Fluktuation	0,00 % p.a.

¹⁾ gem. Deutsche Bundesbank vom 30.11.2014, fortgeschrieben auf den 31.12.2014

Die Zinszuführung zur Rückstellung für Pensionen beläuft sich auf 176 Tsd. EUR.

Sämtliche Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt worden.

ENTWICKLUNG DES AKTIVPOSTENS A IM GESCHÄFTSJAHR 2014

	<i>Bilanzwerte Vorjahr Tsd. EUR</i>
A. KAPITALANLAGEN	
<i>Sonstige Kapitalanlagen</i>	
1. <i>Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>	14.788
2. <i>Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	5.051
3. <i>Sonstige Ausleihungen</i>	
<i>a) Namensschuldverschreibungen</i>	550
<i>b) Schuldscheinforderungen und Darlehen</i>	4.250
4. <i>Einlagen bei Kreditinstituten</i>	15.000
5. Summe A	39.639

Angabe von Zeitwert und Bewertungsreserven der Kapitalanlagen

	<i>Zeitwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR</i>
A. KAPITALANLAGEN	
<i>Sonstige Kapitalanlagen</i>	
1. <i>Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>	20.358
2. <i>Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	5.219
3. <i>Sonstige Ausleihungen</i>	
<i>a) Namensschuldverschreibungen</i>	546
<i>b) Schuldscheinforderungen und Darlehen</i>	3.695
4. <i>Einlagen bei Kreditinstituten</i>	14.404
5. Summe A	44.222

<i>Zugänge</i>	<i>Umbuchungen</i>	<i>Abgänge</i>	<i>Zuschreibungen</i>	<i>Abschreibungen</i>	<i>Bilanzwerte Geschäftsjahr</i>
<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>
3.413	-	-	-	-	18.201
1.445	-	1.564	-	-	4.932
-	-	25	-	-	525
-	-	750	-	-	3.500
-	-	1.500	-	-	13.500
4.858	-	3.839	-	-	40.658

<i>Stille Reserven Geschäftsjahr</i>	<i>Stille Lasten Geschäftsjahr</i>	<i>Zeitwerte Vorjahr</i>	<i>Stille Reserven Vorjahr</i>	<i>Stille Lasten Vorjahr</i>
<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>
2.161	4	16.424	1.644	8
297	10	5.062	75	64
21	-	591	41	-
195	-	4.525	275	-
904	-	15.921	921	-
3.578	14	42.523	2.956	72

ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESBILANZ

/ Aktiva

ANGABE ZU DEN ANTEILEN AN SONDERVERMÖGEN ISD. § 285 NR. 26 HGB

<i>Art des Fonds</i>	<i>Gemischter Fonds 2014 EUR</i>	<i>Gemischter Fonds 2013 EUR</i>
<i>Buchwert 31.12.</i>	13.166.590	12.789.329
<i>Marktwert 31.12.</i>	15.065.046	14.429.819
<i>Bewertungsreserve 31.12.</i>	1.898.456	1.640.490
<i>Ausschüttung GJ</i>	377.298	192.811
<i>Tägliche Rückgabe möglich</i>	Ja	Ja
<i>Unterlassene Abschreibung</i>	Nein	Nein

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	<i>2014 EUR</i>	<i>2013 EUR</i>
I. SACHANLAGEN UND VORRÄTE		
<i>Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>		
<i>Anfangsbestand</i>	2.192	2.900
<i>+ Zugänge/Umbuchungen</i>	-	-
<i>- Abgänge/Umbuchungen</i>	-	-
<i>- Abschreibungen</i>	592	708
<i>Endbestand</i>	<u>1.600</u>	<u>2.192</u>
II. LAUFENDE GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN, SCHECKS UND KASSENBESTAND		
<i>Laufende Guthaben bei Kreditinstituten</i>	<u>2.920.021</u>	<u>2.590.483</u>

AKTIVE LATENTE STEUERN

Die latenten Steuern beruhen auf Abweichungen von Handelsbilanz und Steuerbilanz bei den Posten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sowie andere Rückstellungen.

Die Bewertung erfolgte mit einem Steuersatz von 30,2 %.

Der aktivierte Betrag in Höhe von 1.481.427,09 EUR unterliegt einer Ausschüttungssperre im Rahmen der Gewinnausschüttung an den Gesellschafter.

/ Passiva

EIGENKAPITAL

I. Eingefordertes Kapital

Gezeichnetes Kapital

Zum 31. Dezember 2014 beträgt das Gezeichnete Kapital 3.500.000 EUR und ist in 400 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt.

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe, als Alleinaktionär, hat gemäß § 20 AktG am 16. Dezember 1996 mitgeteilt, dass er 100 % der Aktien besitzt.

II. Kapitalrücklage

Der Bilanzwert hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert; er beträgt zum 31. Dezember 2014 430.492,34 EUR.

Von dem Bilanzbetrag entfallen 225.975,59 EUR auf die Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG (Organisationsfonds), die restliche Rücklage betrifft das Agio bei Ausgabe der Aktien.

III. Gewinnrücklagen

1. Gesetzliche Rücklage

Die gesetzliche Rücklage wird im Geschäftsjahr unverändert in Höhe von 145.483,25 EUR ausgewiesen.

2. Andere Gewinnrücklagen

Durch den Beschluss der Hauptversammlung im Geschäftsjahr 2014 wurden aus dem Bilanzgewinn 2013 zusätzlich 300.000 EUR in die andere Gewinnrücklagen eingestellt. Weiterhin wurden im Berichtsjahr aus dem Jahresüberschuss 230.000 EUR in andere Gewinnrücklagen eingestellt, die somit insgesamt 5.582.909,24 EUR betragen.

IV. Bilanzgewinn

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 493.745 EUR sowie der Einstellung in Gewinnrücklagen in Höhe von 230.000 EUR beträgt der Bilanzgewinn 726.945 EUR.

VERSICHERUNGSTECHNISCHE BRUTTORÜCKSTELLUNGEN SELBST ABGESCHLOSSENES VERSICHERUNGSGESCHÄFT

	2014 EUR	2013 EUR
INSGESAMT	44.250.765	42.911.269
davon		
II. BRUTTORÜCKSTELLUNGEN FÜR NOCH NICHT ABGEWICKELTE VERSICHERUNGSFÄLLE	37.121.286	34.714.164
III. SCHWANKUNGSRÜCKSTELLUNG UND ÄHNLICHE RÜCKSTELLUNGEN	2.978.597	4.162.950

ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

	2014 EUR	2013 EUR
III. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN		
Prüfungs- und Steuerberatungskosten	45.000	29.500
Verwaltungskosten	23.400	23.700
Sonstige	<u>3.500</u>	<u>3.400</u>
	<u>71.900</u>	<u>56.600</u>

ANDERE VERBINDLICHKEITEN

	2014 EUR	2013 EUR
II. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		
Steuerverbindlichkeiten	178.075	169.437
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus dem Abrechnungsverkehr	7.748	3.998
Sonstiges	<u>70.387</u>	<u>18.160</u>
	<u>256.210</u>	<u>191.595</u>

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren bestanden zum Bilanzstichtag nicht.



ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

/ Für die Zeit vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG SELBST ABGESCHLOSSENES VERSICHERUNGSGESCHÄFT

	2014 EUR	2013 EUR
a) gebuchte Bruttobeiträge	18.224.167	18.042.476
b) verdiente Bruttobeiträge	18.106.140	17.962.408
c) verdiente Nettobeiträge	12.675.724	12.577.865
d) Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	17.099.566	14.367.319
e) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	2.738.048	2.760.184
f) Rückversicherungssaldo	580.936	-196.238
g) Versicherungstechnisches Ergebnis f.e.R.	52.705	-7.500

	2014 Stück	2013 Stück
Anzahl der Verträge	170.308	170.576

Die Abwicklung der Vorjahresschäden, einschließlich der Spätschäden, ergab im Geschäftsjahr einen Abwicklungsgewinn.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb untergliedern sich wie folgt:

	2014 EUR	2013 EUR
1. Abschluss von Versicherungsverträgen	1.552.306	1.578.116
2. Verwaltung von Versicherungsverträgen	1.185.742	1.182.068
	<u>2.738.048</u>	<u>2.760.184</u>

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

	2014 EUR	2013 EUR
1. Laufende Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	530.293	448.555
2. Latente Steuererträge	-337.159	-210.117
	<u>193.134</u>	<u>238.438</u>

Der Ertragsteueraufwand belastet ausschliesslich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

/ Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2014 waren keine eigenen Mitarbeiter beschäftigt. Die BGV-Versicherung AG stellt das für den Geschäftsbetrieb notwendige Personal sowie Sachmittel nach Maßgabe eines Vertrages über Zusammenarbeit sowie eines Funktionsausgliederungsvertrages zur Verfügung. Sämtliche Kosten wurden gegen Kostenerstattung nach dem Vollkostenprinzip verrechnet. Geschäfte mit nahestehenden Personen erfolgten zu marktüblichen Konditionen.

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe, als Alleinaktionär erstellt unter Einbeziehung der Badischen Rechtsschutzversicherung AG einen Konzernabschluss, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen 20.780 EUR (i. V. 18.126 EUR).

Von einer Angabe der Vorstandsbezüge gemäß § 285 Nr. 9a HGB sowie des Musters 2 RechVersV (Personalaufwendungen) wurde in Anwendung der Ausnahmeregelung gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen. Ferner wurde auf die Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers in Anwendung der Ausnahmeregelung gemäß § 285 Nr. 17 HGB verzichtet.

Karlsruhe, den 6. März 2015

Badische Rechtsschutzversicherung AG

Der Vorstand

Fahrner

Kollöffel

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Badische Rechtsschutzversicherung Aktiengesellschaft, Karlsruhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 15. April 2015

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Hasenburg
Wirtschaftsprüfer

Horst
Wirtschaftsprüferin

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2014 die Geschäftsführung überwacht und war in alle Angelegenheiten mit grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft unmittelbar eingebunden; sämtliche nach dem Gesetz und den Vorgaben der Satzung zustimmungspflichtigen Maßnahmen wurden dem Aufsichtsrat zur Entscheidung vorgelegt.

In insgesamt zwei Sitzungen sowie über die schriftlich erfolgende Quartalsberichterstattung wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig und umfassend über die Lage der Gesellschaft und die wesentlichen Geschäftsvorfälle unterrichtet. Die Geschäfts- und Ergebnisentwicklung in den einzelnen Segmenten wurde ausführlich behandelt. Gleichmaßen intensiv hat sich der Aufsichtsrat unter dem Themenkomplex des Risikomanagements über die aktuelle Risikosituation informiert, sowohl in den einzelnen Sitzungen als auch über die jeweiligen Berichterstattungen in den Risiko-berichten und -informationen. Ferner ließ er sich vom Vorstand über alle relevanten Gesichtspunkte der strategischen Ausrichtung und Planung berichten.

Auch die derzeitige Kapitalanlagestrategie wurde eingehend besprochen, um die Entwicklungen am Kapitalmarkt und die dadurch zu erwartenden Folgen auf das Kapitalanlageergebnis bewerten zu können.

Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss 2014 und der Lagebericht 2014 sind unter Einbeziehung der Buchführung der Gesellschaft von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Abschlussprüfer hat an der Sitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und über das Ergebnis seiner Prüfung berichtet. Der Bericht des Abschlussprüfers lag dem Aufsichtsrat vor; er enthielt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Aufsichtsrat hat auch seinerseits den Jahresabschluss, den Lagebericht des Vorstandes und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer tritt der Aufsichtsrat bei.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss. Dieser ist damit festgestellt.

Der nach § 312 des Aktiengesetzes zu erstellende Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen ist vom Aufsichtsrat und vom Abschlussprüfer geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers hat folgenden Wortlaut:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung gegen den Bericht des Vorstandes nach § 312 des Aktiengesetzes und den Bericht des Abschlussprüfers hierzu, insbesondere aber zu der Erklärung des Vorstandes am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, keine Einwendungen zu erheben.

Karlsruhe, den 12. Mai 2015

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates

Bäuerle
Landrat des Landkreises Rastatt